

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 130. Ratssitzung vom 27. Januar 2021

3511. 2019/157

Postulat der SVP-Fraktion vom 17.04.2019:

Anpassung der Praxis betreffend Eskalationen und gesetzliche Verfehlungen rund um Fussballspiele

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartement namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1170/2019): *Wir haben heute schon über die Fanarbeit im Fussball gesprochen. Im Moment haben wir aufgrund der Corona-Pandemie eine Verschnaufpause bezüglich Fangewalt. Das Problem wird aber wieder aktuell werden, sobald wieder Publikum an Fussballspielen zugelassen ist. Es ist wichtig, dass wir das Problem heute diskutieren, damit wir dann nicht wieder ins gleiche Fahrwasser kommen. Bei der Fangewalt geht es nicht nur um die Qualität, sondern auch um die Quantität der Vorfälle. Wir danken dem Stadtrat, dass er das Postulat zur Prüfung entgegennehmen will. Das Postulat sieht vier Massnahmen vor. Die erste Massnahme betrifft etwas, was schweizweit auf den Tischen liegt, nämlich das sich seit 2007 bewährende Konkordat, das in der Stadt Zürich leider nicht immer ausreichend ausgeschöpft wird. Gemäss diesem können Bewilligungen für Sportveranstaltungen entzogen oder zumindest Auflagen gemacht werden, wenn gewisse Sicherheitsfaktoren nicht gegeben sind. Zudem bietet es die Möglichkeit von polizeilichen Massnahmen wie die Durchsuchung, Rayonverbote, Meldeauflagen, Polizeigewahrsam und Stadionverbote. Diese Massnahmen gehen zugegebenermassen sehr weit und wir sind nicht der Meinung, dass häufig davon Gebrauch gemacht werden soll. Wenn es aber um Gefährdung von Leben geht, darf nicht davon zurückgeschreckt werden, schweizweit anerkannte Massnahmen auch in der Stadt Zürich anzuwenden. Leider ist die Stadt Zürich ein Hotspot. Der zweite Punkt ist, dass die Polizei oder die Staatsanwaltschaft unter Berücksichtigung der Rechtslage mit Hilfe von Videoüberwachung Hinweise auf Täterschaften und Straftatbestände sowie Beweismaterial sammeln können. Heute sind der Polizei diesbezüglich die Hände gebunden. Wir werden noch eine Diskussion bezüglich Bodycams führen. Es kann nicht sein, dass alle mit ihren Handys alles filmen können, aber ausgerechnet die Polizei nicht filmen darf. Wir befürchten, dass der Polizei ein sehr strenges Korsett auferlegt wird. Deshalb sollen wenigstens die von Dritten vorhandenen Beweisbilder in einem Portal verwendet werden können. Es hat sich gezeigt, dass das sehr gut funktioniert. Anfangs kann die Täterschaft verpixelt publiziert werden. Erst wenn sie sich nicht meldet, wird die Verpixelung aufgehoben. Der dritte Vorschlag beinhaltete eine fix montierte Videoüberwachung an Stellen, bei denen es immer wieder zu Problemen und Sachbeschädigungen kommt. Die soll nicht während 24 Stunden und sieben Tagen die Woche, sondern einfach nur während Fussballspielen laufen. Der vierte Vorschlag bezieht sich auf den Vorstoss GR Nr. 2018/316, der vom Parlament leider abgelehnt wurde. Es ging dabei um die Aufstockung der Mitarbeitenden an der Front*

bei der Stadtpolizei um 52 Personen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass das richtig wäre.

Luca Maggi (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 26. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Die Fandebatten sind gehaltlos und strotzen von Vorschlägen, die mehrfach erwiesen nichts bringen. Die Geschichte der Repression rund um Fussballspiele in der Schweiz ist ein Trauerspiel. Wenn man in anderen politischen Bereichen so erfolglos mit den ergriffenen Gesetzen und Massnahmen wäre, müssten die zuständigen Politiker Konsequenzen tragen. Auf die Europameisterschaft (EM) im Jahr 2008 verschärfte man das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit vorübergehend. Man versprach, die Massnahmen nach der EM wieder ausser Kraft zu setzen. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Man überführte sie ins so genannte Hooligan-Konkordat, wo man mit Massnahmen wie Rayon- und Stadionverboten arbeitet. Dieses Konkordat verschärfte man im Jahr 2013 sogar noch. Man machte eine rechtlich unsaubere Vermischung einerseits von Straftatbeständen und andererseits von kleineren Verstössen gegen das Sprengstoffgesetz. Man scherte alle Personen über denselben Kamm. Dies führte dazu, dass zwar eine Hooligan-Datenbank vorhanden ist, diese aber nicht hauptsächlich mit Gewaltstraftätern gefüllt sind. Gefühlte 90 Prozent der Eingetragenen haben gegen das Sprengstoffgesetz verstossen. In der Stadt Zürich wurde eine GAMMA-Datenbank eingeführt und wieder abgeschafft. Ein Vorstoss, der die Wiedereinführung verlangte, wurde abgelehnt. Das Konkordat wird bereits maximal angewendet, es werden zahlreiche Rayonverbote und Meldeauflagen ausgesprochen. Es ist mir rätselhaft, was hier noch mehr ausgeschöpft werden soll. Auch heute werden von Privatpersonen beobachtete Straftaten der Polizei gemeldet. Man kommt zudem immer wieder mit dem Thema Videoüberwachung. Dieses Parlament hat schon unzählige Male gesagt, dass es nicht mehr davon will. Zu guter Letzt schlägt man die Umsetzung einer Motion vor, die das Parlament bereits abgelehnt hat. Ich verstehe nicht, warum wir alle paar Monate Zeit für diese Diskussion verschwenden. Es hat sich gezeigt, dass repressive Massnahmen kontraproduktiv waren. Sie führten teilweise zu einer Radikalisierung und dazu, dass auch friedliche Fans kriminalisiert wurden. Deshalb müssen wir auch diesen Vorstoss ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Sarah Breitenstein (SP): Auch die SP lehnt dieses Postulat ab. Die SVP fordert den Stadtrat unter anderem auf, die Verursacherinnen von Fankrawallen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Strafverfolgung und insbesondere auch das Aussprechen konkreter Sanktionen ist jedoch Sache der Staatsanwaltschaften und der Gerichte. Schliesslich haben wir eine Gewaltenteilung. Es ergibt aus unserer Sicht wenig Sinn, wenn die Stadt eine härtere Bestrafung von sich fehlverhaltenden Fussballfans fordert. Das gleiche gilt für die Massnahmen aus dem Hooligan-Konkordat: Auch dort gibt es Ermessensspielräume, die aber den Strafbehörden vorbehalten sind. Auch das von der SVP vorgeschlagene Hinweisportal erachten wir als nicht zielführend. Luca Maggi (Grüne) erwähnte bereits, dass man bereits jetzt angehalten ist, beobachtete Straftaten zu melden. Es ist aber auch bekannt, dass sich Fussballfans gegenseitig nicht denun-

zieren. Daran würde auch ein Hinweisportal nichts ändern. Auch die vorgeschlagene Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir entschieden ab. Es ist nicht verhältnismässig, die Bevölkerung in der Öffentlichkeit zu überwachen, nur, weil man sich dadurch die Identifikation vereinzelter Krawallbrüder oder -schwestern erhofft. Durch das Aufstellen von Kameras werden sich Gewalttäter nicht abschrecken lassen, die präventive Wirkung wäre verfehlt. Aus unserer Sicht ist es nicht primär Aufgabe der Stadt, mit Steuergeldern die Fussballchaoten in den Griff zu bekommen. Da sind vor allem die Fussballvereine und die Fanclubs gefragt. Wir haben heute in der Debatte über die Weisung GR Nr. 2020/449 bereits über Fanarbeit gesprochen. Die Ratsmehrheit sprach sich dafür aus, diesen Weg weiterzugehen, wobei den Clubs in Zukunft mehr Verantwortung übertragen werden soll. Wir finden den bisherigen Ansatz der Stadt richtig, den Dialog mit den Clubs zu suchen. Wir teilen die Ansicht der SVP nicht, dass die bisherigen Bemühungen nichts gebracht hätten. Partizipations- und Präventionsveranstaltungen können durchaus Wirkung erzielen.

Martin Götzl (SVP): Meine linken Vorredner und Vorrednerinnen tragen für künftige Ausschreitungen an Fussballspielen eine Mitverantwortung. Luca Maggi (Grüne) hat unseren sorgfältig verfassten und über zwei Jahre gewachsenen Vorstoss mit Dreck beworfen. Wir waren im Austausch mit kommunalen, kantonalen und nationalen politischen Kräften, mit Kräften aus Justiz und Strafvollzug und selbstverständlich auch mit Polizeikräften. Die vier gestellten Forderungen sind nicht radikal. Wir sind der Überzeugung, dass diese Ausschreitungen – die wir alle nicht wollen – nicht an runden Tischen und nicht mit Zuckerwatte gelöst werden, sondern mit präventiven und repressiven Massnahmen. In der Südkurve haben 100 Leute die Fähigkeit, Menschenmengen zu erzeugen, in Bewegung zu setzen, Risiko einzugehen und extrem viel Zerstörung zu verursachen. Ein paar wenige Alphas führen jeweils Drogen und Waffen mit und haben Schmerzmittel eingenommen – die haben nur ein Ziel, und das ist sicher kein runder Tisch. Ich bitte Sie, der Polizei Hand zu bieten und die Möglichkeit zu schaffen, um solche Leute aus einem Mob identifizieren zu können. Nur dann hören sie auf. Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot», über die am 7. März 2021 abgestimmt wird, richtet sich auch ausdrücklich gegen Verhüllungen an Fussballspielen. Eine Kamera oder mehr Polizeipräsenz nützen nur, wenn auch Gesichter zu erkennen sind, die dann zur Rechenschaft gezogen werden können. Im Sinne des Sports und als starkes Zeichen gegen Eskalationen bitte ich um Zustimmung zum Postulat.

Andreas Egli (FDP): Wir finden nicht alle Punkte des Vorstosses gut. Wir sind aber mit der Richtung einverstanden. Es ist wohl allen ausser der Mehrheit der links-grünen Fraktionen in diesem Rat bewusst, dass es so wie vor der Corona-Pandemie nicht weitergehen kann. Die Krawalle finden grösstenteils organisiert statt. Davor kann man die Augen verschliessen oder man kann sagen: Das wollen wir nicht. Schlussendlich geht es um die Frage, welcher Clan der stärkere ist und wer die Herrschaft über die Stadt Zürich hat. Dabei geht es nicht um die Frage, ob dies nun GC oder der FCZ sei. Diese Frage ist sportlich längstens geklärt. Es geht um die Frage, ob die Stadtpolizei oder angeblich selbstregulierende Fangruppen, die es darauf anlegen, prügeln zu gehen, in Sicherheitsfragen das Sagen haben. Das kann es nicht sein. Die Problematik ist auch von



4 / 4

der Stadtregierung anerkannt. Ich bin froh, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Ich bin enttäuscht vom vernünftigen Teil der Links-Grünen, die dieses Postulat auch ablehnen. Ich vermute, dass dies vor allem daran liegt, dass es von der SVP kommt. Ich hoffe, dass der Stadtrat die Grösse hat, die notwendigen Massnahmen trotz Ihrer Ablehnung vorzunehmen.

Sven Sobernheim (GLP): *Die SVP fordert, das Konkordat endlich richtig umzusetzen. Das ist widersprüchlich. Dazu ein Beispiel: Im Konkordat steht, dass bei Hochrisikospiele der Verkauf von Alkohol im Stadion verboten werden kann. Im Zusammenhang mit Coronamassnahmen war die SVP aber plötzlich gegen ein Alkoholverbot in Stadien, wie der Fraktionspräsident der SVP im Bundeshaus, Thomas Aeschi, in einem Zeitungsartikel sagte. Wir lehnen dieses Postulat ab.*

Samuel Balsiger (SVP): *Wir hörten von Luca Maggi (Grüne), dass die Geschichte der Repression erfolglos sei und die Massnahmen nichts gebracht hätten. Vor ungefähr zwanzig Jahren hatten wir mit Eishockeyfans die genau gleichen Probleme, wie wir sie heute mit den Fussballfans haben. Es gab Prügeleien an Spielen. Damals ging man so vor, wie es die SVP fordert: Mit starker Hand. Heute ist Gewalt an Eishockeyspielen kein Thema mehr. Im Fussball greift der Staat aber nicht mit starker Hand durch. Wir haben gehört, dass die Gruppe, die Gewalt ausübt, von der Fanarbeit ausgeschlossen wird. Die Südkurve hat heute in den Stadien die Macht, zu bestimmen, was abgeht. Selbst die Mitarbeiter in den Stadien werden bedroht und haben Angst vor der Südkurve. Sie werden an ihren Privatadressen abgefangen und eingeschüchtert. Die Südkurve hat die Macht übernommen. Der von Ihnen immer hochgelobte Staat ist auf dem Rückzug und hat kein Gewaltmonopol mehr. Die SVP will, dass der Staat an den richtigen Orten durchgreift – nämlich dort, wo es überbordende Gewalt gibt. Ansonsten soll er sich aus den Anliegen der Bürger heraushalten.*

Das Postulat wird mit 36 gegen 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat